

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA und Stefan Berger betreffend „Familienzusammenführung für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte beenden“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 18. Oktober 2022 zu Post 1

Die Zahl der Asylwerber ist zuletzt explodiert, tausende Flüchtlinge strömen derzeit Woche für Woche nach Österreich. Laut der Statistik des Innenministeriums waren es heuer bis August 56.150 Asylanträge, im Vorjahr 19.058. Im Jahr 2015 lag die Zahl bei 88.340 Anträgen. Knapp 15.000 davon stammen von Indern und Tunesiern, Menschen, die "praktisch keine Chance auf Asyl haben". Auf Platz eins lagen von Jänner bis August Menschen aus Afghanistan mit 12.000 Asylanträgen, dahinter folgten Syrer mit rund 10.000 Anträgen, Inderinnen und Inder stellten in den ersten acht Monaten 7.600 Anträge auf Asyl. Zehntausende bekommen und bekamen vor allem seit 2015 Asyl oder wurden zu subsidiär Schutzberechtigten, weil sie aus diversen Gründen nicht abgeschoben wurden.

Zu der explodierenden Anzahl an Menschen, die in den letzten Jahren in Österreich Asyl bekommen haben bzw. nicht abgeschoben wurden, kommen tausende Familienmitglieder, die ebenfalls aufgenommen werden müssen. Nach groben Schätzungen kommen auf jeden Asylberechtigten rund vier Familienmitglieder. Schon jetzt sind alle Kapazitäten für die Unterbringung von Asylwerbern, Asylberechtigten, subsidiär Schutzberechtigten oder deren Verwandte erschöpft und die finanziellen Mittel zu deren Versorgung explodieren in Zeiten, wo Menschen infolge der Teuerungen bei Wohnen, Nahrung oder Energie in Österreich um ihre Existenz bangen und kämpfen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für ein Ende der Familienzusammenführung für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte aus und fordert insbesondere den Bundesminister für Inneres auf, alle Maßnahmen zu ergreifen, um diese Form der Zuwanderung nach Österreich zu beenden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.